



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Ulrich Leiner, Claudia Stamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Mehr Aufnahmeplätze für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Bayern schaffen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Inobhutnahmeplätze für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge schnell auszuweiten und dafür zu sorgen, dass ein flächendeckendes und ausreichendes Hilfsnetz geschaffen wird.

Die notwendige Ausweitung der Stellen in den Jugendämtern muss zu einer Erhöhung der Personalkostenerstattung an die Kommunen führen.

Begründung:

Aus einer Antwort der Staatsregierung vom 7. Mai 2014 geht hervor, dass 114 zentrale Inobhutnahmeplätze in Bayern für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zur Verfügung stehen. Die bestehenden Einrichtungen reichen jedoch bei weitem nicht aus, um die jugendlichen unbegleiteten Flüchtlinge, die vor allem in den grenznahen Landkreisen Rosenheim, Miesbach und Berchtesgadener Land und anderen Landkreisen ankommen, aufzunehmen. Im Landkreis Rosenheim sind beispielsweise bis zum 30. Juni 2014 250 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge angekommen. Ihre Aufnahme überfordert die Einrichtungen vor Ort, auch die derzeitigen zentralen Inobhutnahmeplätze in Bayern reichen nicht aus, um die Jugendlichen aufzunehmen. Die Kommunen sind gefordert, die vorhandenen Inobhutnahmeplätze schnell zu erweitern und neue Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen zu schaffen, die Staatsregierung steht in der Verpflichtung, die Kommunen bei Ihren Vorhaben zu unterstützen, und für eine bessere Verteilung in den Einrichtungen in Bayern zu sorgen. Sinnvoll ist es, wenn die Jugendlichen auf dezentrale Inobhutnahmeplätze in ganz Bayern verteilt werden.

Ein weiteres Zuwarten führt zur Überforderung der Jugendhilfeeinrichtungen in den grenznahen Landkreisen, personell und materiell. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden psychisch überfordert. Die Jugendamtsleitung in Rosenheim berichtet von extremen Personalengpässen und Überbelastung. Die Lücken in der erforderlichen Betreuung werden zum Teil von ehrenamtlichen Helferkreisen ausgefüllt. Ehrenamt kann aber die Arbeit der Jugendämter nur ergänzen und auch nicht ersetzen. Die Staatsregierung muss für adäquate personelle Ausstattung der Jugendämter und die Unterstützung der Ehrenamtlichen sorgen.